

Pressemitteilung des Landesjugendhilfeausschusses Mecklenburg-Vorpommern

Landeshaushalt 2026/2027: Landesjugendhilfeausschuss warnt vor strukturellen Lücken und unzureichender Absicherung zentraler Angebote für junge Menschen

Schwerin, 10. Dezember 2025 – Der Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern nimmt die Haushaltsbefassung des Landtages mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Zwar enthält der neue Doppelhaushalt Maßnahmen, die einzelnen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe zugutekommen, wie z.B. die Stärkung von Demokratieprojekten und des institutionellen Kinderschutzes, dennoch bleiben aus Sicht des Ausschusses erhebliche Defizite bestehen, die die Entwicklungschancen junger Menschen im Land langfristig gefährden können.

Unzureichende Absicherung jugendgerechter Daseinsvorsorge

Angesichts rückläufiger Einnahmen und steigender Sozialausgaben sieht der Landesjugendhilfeausschuss die Gefahr, dass einige Zweige der Jugendhilfe künftig noch stärker unter Spardruck geraten. Damit drohen gerade jene Angebote geschwächt zu werden, die frühzeitig soziale Problemlagen auffangen – von offenen Jugendtreffs über Schulsozialarbeit bis hin zu Präventions- und Teiligungsmaßnahmen, wie zum Beispiel im Bereich der Medienpädagogik und der politischen Bildung.

Im politischen Handeln müssen die Bedarfe junger Menschen und Fragen der Generationengerechtigkeit eine größere Rolle spielen. Das fängt bei vergleichbaren Startchancen an, unabhängig vom Elternhaus. Viele Zielgruppen der Kinder- und Jugendhilfe sind von dem immer schärfer werdenden Diskurs um das Bürgergeld betroffen, ebenso von der prekären Versorgung im medizinisch-therapeutischen Bereich. Für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind die Veränderungen in der Migrationspolitik fatal. Ihre Zukunftschancen werden damit verschlechtert.

Die Kinder- und Jugendhilfe als bundesrechtliche Pflichtaufgabe trägt maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Zukunftssicherung bei. Sie erfüllt zentrale Präventionsaufgaben und verhindert damit künftige Folgekosten in den Sozialsystemen. Sie ist kein Bereich, den man je nach Haushaltslage zurechtstutzen kann. Die derzeitige Finanzierung verhindert an vielen Stellen, dass wir unseren eigenen Qualitätsansprüchen gerecht werden und für alle jungen Menschen in der Fläche niedrigschwellig verfügbare Angebote vorhalten können.

Der Landesjugendhilfeausschuss fordert die Landesregierung und den Landtag auf, zeitnah nachzusteuern. Es braucht:

- mehrjährige Finanzierungszusagen für zentrale Jugendangebote
- eine vollständige Kostenanpassung, um Personal- und Sachkostensteigerungen auszugleichen, auch mit Blick auf die Fortbildungsbedarfe von Fachkräften
- eine Stärkung der präventiven Arbeit, um spätere hohe Folgekosten zu vermeiden
- die konsequente Umsetzung einer jugendgerechten Landesstrategie
- Investitionen in die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe aus dem Wachstumsbooster des Bundes